

Macht braucht Kontrolle!

Dieser alte Slogan ist in Fischamend aktueller denn je. Das beweisen die Angriffe des mit hauchdünner absoluter Mehrheit herrschenden Bürgermeisters auf unseren Gemeinderat Ing. Gerald Baumgartlinger. Nicht nur in seinem missglückten Brief auf Kosten der Steuerzahler, sondern auch in der letzten Gemeinderatssitzung hat sich Bürgermeister Bayer regelrecht auf GR Baumgartlinger eingeschossen.

Und das obwohl (oder gerade weil?) er seine Arbeit als Mitglied des Prüfungsausschusses im Sinne der Fischamender Steuer- und Gebührenzahler ernst nimmt und für die Aufklärung fragwürdiger Zustände eintritt. So beschäftigt sich der Prüfungsausschuss im Moment mit Ungereimtheiten rund um Elektroarbeiten einer burgenländischen Firma im Gemeindebau Gregerstraße 27. Wir fragen uns, warum der Bürgermeister in dieser Angelegenheit nicht auch für Aufklärung eintritt und stattdessen versucht, unseren Gemeinderat mundtot zu machen.

Zu den Vorwürfen des Bürgermeisters folgende Stellungnahme von GR Baumgartlinger:

Bgm. Bayer hat in seinem Brief auf Kosten der Steuerzahler geschrieben, dass ich der Firma ProSenior unterstelle, dem Prüfungsausschuss falsche Zahlen vorgelegt zu haben, und hat mir Rufmord an dieser Firma vorgeworfen. Grund genug für mich, um zu diesem persönlichen Angriff und dieser falschen Beschuldigung Stellung zu nehmen.

Zu den Fakten: ProSenior betreibt seit September 2004 das Fischamender Pflegeheim, das auf Kosten der Stadtgemeinde gebaut und eingerichtet wurde. Zu ihren Aufgaben zählen neben der allgemeinen Verwaltung auch die Personalverwaltung und Entlohnung. Aufgrund eines von SPÖ und ÖVP beschlossenen Vertrages muss die Gemeinde 60.000 Euro im Jahr für Heimleitung und Geschäftsführung an ProSenior bezahlen. Zusätzlich dazu kommen die Kosten für Einrichtung, Instandhaltung, Reparaturen, usw. Finanzielle Rückflüsse an die Gemeinde gibt es jedoch nur, wenn das Pflegeheim einen Gewinn abwirft. Dies ist aber laut unserer Information noch nicht eingetreten. Begründet wurde dies mit den hohen Personalkosten.

Grund genug für uns, diese Kosten im Prüfungsausschuss überprüfen zu lassen. Dabei konnte ich keine Unstimmigkeiten in der Personalkostenliste feststellen, allerdings muss man hier auch erwähnen, dass wir keine Möglichkeit hatten, die vorgelegten Zahlen (die auch noch anonymisiert waren) z.B. mit Sozialversicherungsdaten quer zu checken. Auf diesen Umstand habe ich im Gemeinderat hingewiesen und empfohlen, die Zahlen von einer höheren Instanz noch einmal überprüfen zu lassen, die Zugang zu diesen Daten hat. Immerhin geht es hier doch um eine Menge Steuergeld der Fischamender BürgerInnen. Bgm. Bayer ist daraufhin ausgerastet und hat mich des Rufmordes an ProSenior beschuldigt. Trotz Erklärungen von meiner Seite, als auch von StR Ram und GR Neubauer, dass es sich hier um keinen Rufmord handeln kann (ich hatte ja nie behauptet, dass ProSenior tatsächlich falsche Zahlen vorgelegt hat, sondern nur empfohlen diese erneut zu überprüfen), blieb er bei seinem Standpunkt (Anmerkung: Rufmord ist kein juristischer Begriff, Bayer meinte wohl den Tatbestand der üblen Nachrede).

Interessant ist die Reaktion des Bürgermeisters allemal, denn er sollte als oberster Hüter der Gemeindefinanzen die Berechtigung großer Ausgaben immer hinterfragen. Dies nicht zu tun, ist vielleicht Parteilinie der SPÖ (siehe ÖGB, BAWAG und KONSUM). Natürlich würden wir nie behaupten, dass Bgm. Bayer deshalb nicht gegen ProSenior vorgehen will, oder darf, weil ein ehemaliger hoher SPÖ- Parteibonze (Dr. Ubleis) dort tätig war. Nein, das würden wir nie behaupten, schließlich wollen wir uns ja nicht der üblen Nachrede schuldig machen.

Wir sind weiterhin für die Übernahme des Pflegeheims durch die Stadtgemeinde. Eine Firma ist immer auf Gewinnmaximierung orientiert und da könnte die Pflege der alten Menschen auf der Strecke bleiben. Aus sozialer Sicht wäre eine Übernahme durch die Gemeinde die beste und sicherste Lösung. Komisch, dass die angeblich so soziale Fischamender SPÖ lieber an der privaten Firma ProSenior festhält, anstatt das Pflegeheim in Gemeindehand zu geben.